

Ihr aller Denken veränderte sich, und ihr Handeln beweist, daß sie wissen: Hier, in diesem Staat, bin ich Mittelpunkt; denn dies ist mein Staat.

II.

Ticht so im anderen deutschen, im Bonner Staat, Nicht der Arbeiter, nicht der Bauer, nicht der Mittelstand stehen im Mittelpunkt. Profit ist der Mittelpunkt der Staatspolitik. Profit, der durch verschärfte Ausbeutung und Rationalisierung erzielt wird, der aus Rüstungsaufträgen herausspringt, aus Börsenspekulationen und Aktien, aus Wucherzinsen und Mietwucher. Daß es davon genug und immer mehr gebe — dafür hat der Staat zu sorgen. Und er sorgt dafür. Dafür hat der Bundestag zu sorgen. Und er sorgt dafür. Denn ihn beherrschen die Millionäre und Großaktienbesitzer, die Hitlergeneräle und Kriegsverbrecher, die Blaubiütigen von Itzenplitz und Donnersmarck. In diesem Staat des Judenmörders Globke und des Kriegsverbrechers Foertsch, der Blutrichter und SS-Schergen besitzen 9000 Millionäre — das ist ein dreiunddreißigstel Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung — 40 Prozent des in Westdeutschland existierenden Privatvermögens. 28,4 Milliarden Mark sind das. Und diese Milliarden regieren, bestimmen, bestechen und korrumpieren, kaufen Stimmen und Abgeordnete. Das nennen sie „freie Marktwirtschaft“, oder auch „freies Spiel der Kräfte“. Der „freien“ Kräfte selbstverständlich.

Dieses „freie Spiel“ ist lebensgefährlich — für die Menschheit und für die deutsche Nation, weil die Bonner Machthaber Grenzen revidieren, Gebiete erobern, unsere mächtige volkseigene Industrie vereinnahmen wollen; weil sie den Frieden verhindern, die Entspannung hintertreiben wollen.

Und das „Spiel“ ist teuer — vor allem für die westdeutsche arbeitende Bevölkerung. Astronomisch sind heute schon die Summen, die den arbeitenden Menschen in Westdeutschland für die zügellose Aufrüstung, für die ersehnte Atomrüstung . aus der Tasche gezogen, und mikroskopisch klein die Summen, die z. B. für Volksbildung ausgegeben werden.

Darüber legt kein Minister, kein Abgeordneter, kein Leiter einer staatlichen Behörde vor den Wählern Rechenschaft ab. Denn die werden einmal in vier Jahren „frei“ gewählt... Aus Bremen, wo am 29. September der Landtag gewählt wird, berichtet ein Korrespondent: „Die großen Parteien haben die herkömmlichen Formen des Wahlkampfes mit ihren Elementen der Rechenschaftslegung abgeschafft. Versammlungen mit Diskussionen gibt es so gut wie gar nicht.“

Der Bundesbürger hat die „Freiheit“, sich zu beschweren, wenn ihm das Treiben zu bunt und zu teuer wird. Auch öffentlich, in der Zeitung. Das macht sich gut, sieht „demokratisch“ aus. So ist in der berüchtigten Springerschen „Bildzeitung“ vom 7. September zu lesen: „...verlangt mein Hauswirt jetzt 150 DM für eine primitive 2-Zimmer-Mansarde mit Küche anstatt 80 DM wie früher. Ich empfinde das als Wucher, bin aber machtlos. Ich muß zahlen, wenn ich die Kündigung vermeiden will. — W. P. Münster.“

Vielleicht ohne sich dessen bewußt zu sein, charakterisiert dieser empörte Leser den Staat, in dem er lebt — hinsichtlich der dem arbeitenden Menschen von Staats wegen zugeordneten Rolle. Aber nicht ganz trifft die Charakteristik zu. Es fehlt ihr die Feststellung, daß nämlich die Produktionsmittel sich in den Händen der 9000 Millionäre befinden, daß diese kraft ihres Milliardenbesitzes die Macht ausüben.

Und es fehlt dieser Charakteristik noch eine Seite, Daß nämlich die Arbeiterklasse, ist sie einig und entschlossen, durchaus auch in Westdeutschland nicht machtlos, sondern in der Lage ist, sich zu wehren — gegen Lohnstopp und Preis- und Mietwucher; daß die Arbeiterklasse im Bündnis mit den demokratischen friedliebenden Kräften mächtige Aktionen gegen die Atombewaffnung ins Leben zu rufen in der Lage ist. Der von den Volksmassen erzwungene